

N I E D E R S C H R I F T

über die Sitzung **des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen** der Stadt Burgdorf am
24.11.2008 Sitzungszimmer des Rathauses II

16.WP/WuF/020

Beginn öffentlicher Teil: 16:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 17:30 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 17:28 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 17:36 Uhr

Anwesend: **Vorsitzender**

Rohde, Paul

Mitglied/Mitglieder

Braun, Hartmut
Ethner, Regina

stellv. Mitglied/Mitglieder

Heldt, Gabriele

Vertreterin für Herrn
Schulz

Mitglied/Mitglieder

Hinz, Gerald
Lüddecke, Dieter
Pilgrim, Adolf-W.
Walter, Klaus-Dieter

ab TOP 3, 16.03 Uhr

stellv. Mitglied/Mitglieder

Weilert-Penk, Christa

Vertreterin für Herrn Lep-
pert, ab TOP 3, 16.03 Uhr

Beratende/s Mitglied/er

Apel, Robert
Rheinhardt, Michael

Bürgermeister

Baxmann, Alfred

ab TOP 6, 16.05 Uhr

Verwaltung

Gawert, Ulrike
Hammermeister, Lars
Herbst, Rainer
Kauter, Theo
Philipps, Lutz
Scholz, André
Strecker, Dagobert
Twesten, Manfred
Voutta, Jens

bis TOP 15, 16.52 Uhr

bis TOP 15, 16.15 Uhr

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 27.10.2008
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Anfragen laut Geschäftsordnung
5. Betriebsabrechnung Straßenreinigung 2007
6. Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung
Vorlage: 2008 0452
7. Betriebsabrechnung Bauhof / Gärtnerbauhof 2007
Vorlage: 2008 0456
8. Betriebsabrechnung 'Bestattungswesen 2007'
Vorlage: 2008 0460
9. Betriebsabrechnung Obdachlosenunterkünfte 2007
Vorlage: 2008 0461
10. Fortsetzung der Projektarbeit in Kindertagesstätten
Vorlage: 2008 0444
11. Abrechnung von straßenbaulichen Maßnahmen - Aufwandsspaltung
(Teileinrichtung) / Abschnittsbildung
Vorlage: 2008 0433
12. Zuschussantrag der "Jazzfreunde Altkreis Burgdorf e.V."
Vorlage: 2008 0430
13. Zuschussantrag des Heeßeler Sportvereins
Vorlage: 2008 0453
14. Schulbibliothek Gymnasium
Vorlage: 2008 0437
15. Entwurf Haushaltsplan 2009
Vorlage: 2008 0421
16. Finanzplanung 2008 - 2012 mit Investitionsprogramm
Vorlage: 2008 0422
17. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. **Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung**

Herr Rohde eröffnete um 16.00 Uhr die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung wurde in der dieser Niederschrift vorangestellten Form einstimmig beschlossen.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 27.10.2008

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen vom 27.10.2008 wurde einstimmig genehmigt.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Herbst beantwortete die zuvor von Herrn Apel aufgeworfene Frage zum Kostenaufwand für das Sicherheitsmanagement und die regelmäßigen Inspektionen öffentlicher Spielplätze und Spielgeräte wie folgt:

„Die Stadt Burgdorf hat mit dem Ingenieurbüro Beermann am 01.01.2004 einen Vertrag hinsichtlich des Sicherheitsmanagements abgeschlossen. Hier ist auch unter "Ergänzende Vereinbarungen" die Überprüfung von Spielplätzen vorgesehen. Die Betreuung umfasst die 1 x jährliche Kontrolle aller städtischen Spielplätze vor Beginn der Spielperiode (von April bis Oktober) entsprechend den Vorgaben der "Dienstanweisung zur Gewährleistung der Verkehrssicherungspflicht auf den Kinderspielplätzen, Freizeitanlagen, der Spielplätze auf den Schulgeländen und Kindergärten der Stadt Burgdorf vom 22. Mai 1990 in der jeweils gültigen Fassung".

Der Vertrag mit dem Ingenieurbüro Beermann bezieht sich allerdings nicht nur auf Kinderspielplätze, sondern auch auf städtische Gebäude wie Bauhöfe, Kläranlagen, Rathäuser etc.

Die Einsatzzeit des Ingenieurbüros richtet sich nach den Bestimmungen des Gemeindeunfallversicherungsverbandes Hannover und beträgt zur Zeit insgesamt 188,1 Stunden jährlich. Da die Einsatzzeiten für die Spielplätze nicht gesondert erfasst werden, können diese nur geschätzt werden und betragen ca. 30 Stunden p.a. Die Kosten für die Überprüfungen liegen bei einem Stundensatz von derzeit 35,56 € netto bei 1.066,80 € zzgl. MWSt. entsprechend 1.269,49 € brutto.

Bei den jährlichen Kontrollen ist im Außendienst grundsätzlich ein Mitarbeiter des Gärtnerbauhofes zugegen. Im Jahr 2007 sind hier 16,5 Stunden angefallen. Die Differenz der Stunden erklärt sich damit, dass seitens des Ingenieurbüros noch eine Nachbereitung zu erfolgen hat. Für die genannten Stunden des Bauhofmitarbeiters einschließlich Fahrzeug sind im Jahr 2007 597,96 € angefallen.

Für die vierteljährlichen Kontrollen fielen im Jahr 2007 ca. 150 Stunden an. Die Kosten hierfür betragen ca. 5.200,00 €.

Für die wöchentlichen Kontrollen, hier werden wie bei den vierteljährlichen Kontrollen auch kleinere Reparaturarbeiten und die Papierkorbentleerung mit erledigt, fielen im Jahr 2007 ca. 800 Stunden an. Diese verursachten Kosten in Höhe von ca. 30.000,00 €.'

4. Anfragen laut Geschäftsordnung

- K e i n e -

5. Betriebsabrechnung Straßenreinigung 2007

Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen nahm die Betriebsabrechnung ‚Straßenreinigung 2007‘ zustimmend zur Kenntnis.

**6. Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung
Vorlage: 2008 0452**

Nach kurzer Aussprache fasste der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen folgenden einstimmigen Beschluss:

‚Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen empfiehlt dem Rat, den nachfolgend formulierten Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt, die 9. Satzung zur Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung vom 19.11.1987 in der sich aus der Anlage 2 der Vorlage Nr. 2008 0452 ergebenden (und der Originalniederschrift als Anlage beigefügten) Fassung zu erlassen.‘

**7. Betriebsabrechnung Bauhof / Gärtnerbauhof 2007
Vorlage: 2008 0456**

Die Betriebsabrechnung ‚Bauhof / Gärtnerbauhof‘ wurde vom Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen zustimmend zur Kenntnis genommen.

**8. Betriebsabrechnung ‚Bestattungswesen 2007‘
Vorlage: 2008 0460**

Ohne Aussprache nahm der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen die Be-

etriebsabrechnung ‚Bestattungswesen 2007‘ zur Kenntnis.

**9. Betriebsabrechnung Obdachlosenunterkünfte 2007
Vorlage: 2008 0461**

Frau Ethner erkundigte sich, ob es notwendig sei, sämtliche vorhandene Obdachlosenunterkünfte vorzuhalten, da der Kostendeckungsgrad sehr niedrig sei.

Hierzu erklärte **Herr Philipps**, dass zum 01.01.2008 die Wohnungen in den Häusern ‚Eseringer Straße‘ komplett geräumt wurden und die Bewohner in die Häuser ‚Drei Eichen‘ eingewiesen wurden. Durch Neufassung der Satzung wurden auch die Nutzungsentschädigungen sowie die Pauschalen für Nebenkosten angehoben, so dass sich für das Jahr 2008 bereits ein höherer Kostendeckungsgrad abzeichnen müsste. Außerdem werden z.Zt. Überlegungen angestellt, evtl. die Asylantenwohnheime in der Friederikenstraße, die auch nicht ausgelastet seien, als Obdachlosenunterkünfte zu nutzen und die Häuser ‚Drei Eichen‘ für diese Einrichtung ebenfalls aufzugeben.

Anschließend nahm der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen die Betriebsabrechnung ‚Obdachlosenunterkünfte 2007‘ zur Kenntnis.

**10. Fortsetzung der Projektarbeit in Kindertagesstätten
Vorlage: 2008 0444**

Herr Strecker erklärte, dass der Jugendhilfeausschuss empfohlen habe, dass für die Fortführung der Projektarbeit in den Kindertagesstätten bereits vor Inkrafttreten der Haushaltssatzung 2009 über einen Betrag von 30.000,00 € verfügt werden kann.

Diesem **Beschlussvorschlag** stimmte der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen einstimmig zu.

**11. Abrechnung von straßenbaulichen Maßnahmen - Aufwandsspaltung
(Teileinrichtung) / Abschnittsbildung
Vorlage: 2008 0433**

Ohne Aussprache fasste der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen einstimmig folgenden **Beschluss**:

‚Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen schließt sich folgendem Beschlussvorschlag an:

Der Rat beschließt, den Aufwand für die selbständig nutzbaren Teileinrichtungen / Abschnitte für die Beleuchtung bei den in der Vorla-

ge genannten Anlagen (Straßen) gesondert zu ermitteln.'

**12. Zuschussantrag der "Jazzfreunde Altkreis Burgdorf e.V."
Vorlage: 2008 0430**

Die Vorlage wurde als behandelt betrachtet. Über den Zuschussantrag soll im Rahmen der Haushaltsplanberatungen entschieden werden.

**13. Zuschussantrag des Heeßeler Sportvereins
Vorlage: 2008 0453**

Über den Antrag soll im Rahmen der Haushaltsplanberatungen entschieden werden. Die Vorlage wird somit als behandelt betrachtet.

**14. Schulbibliothek Gymnasium
Vorlage: 2008 0437**

Herr Strecker erläuterte kurz den Antrag. Im Haushaltsplanentwurf 2009 ist bereits ein Ansatz von 1.500,00 € eingestellt worden. Dieser Ansatz müsste um 3.300,00 € aufgestockt werden, damit für das Projekt die benötigten Mittel in Höhe von 4.800,00 € erreicht werden.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen fasste daraufhin folgenden ein- stimmigen

Beschluss:

Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen empfiehlt dem Verwaltungsaus- schuss, im Haushalt 2009 zusätzlich einen Betrag von 3.300,00 € für die Schulbibliothek des Gymnasiums bereit zu stellen.

**15. Entwurf Haushaltsplan 2009
Vorlage: 2008 0421**

Herr Philipps erklärte, dass in die vorgelegte Liste vom 21.11.2008 die vorläufige Berechnungsgrundlage für den kommunalen Finanzausgleich so- wie die sich daraus ergebende neu festzusetzende Regionsumlage eingear- beitet seien. Es steht noch aus ein Einnahmeansatz für den Landeszuschuss für Betriebskosten der Kinderkrippen, der in der nächsten Liste Berücksichti- gung finden wird. Hierdurch wird sich nochmals eine geringfügige Verringe-

zung des Fehlbetrages ergeben.

Anschließend gab **Herr Philipps** kurze Erläuterungen zu den in der Liste aufgeführten Änderungen und beantwortete die hierzu gestellten Fragen der Ausschussmitglieder.

Verwaltungshaushalt:

Zur Haushaltsstelle **49800.718200** (Zuschüsse an andere Vereine und Verbände) erklärte er, dass die Aufstockung des Betrages von 1.000,00 € auf 2.000,00 € erfolgt sei, weil hier eine Anpassung an den Ansatz von 2008 vorgenommen wurde. Bei der Haushaltsplanaufstellung wurde versehentlich der für den Seniorenrat eingestellte Zuschuss von 1.000,00 € nicht berücksichtigt. Zur Frage der Ausschussmitglieder, wofür der restliche Betrag von 1.000,00 € zur Verfügung gestellt wird, erfolgt die Beantwortung über das Protokoll:

„Der Haushaltsansatz wird bereit gestellt für Zuschussanträge sozialer Vereine und Verbände. So wird z.B. regelmäßig von der Lebenshilfe e.V. eine Freizeit mit Behinderten durchgeführt, für die aus dieser Haushaltsstelle ein Zuschuss für behinderte Burgdorfer gezahlt wird.“

Zur Regionsumlage teilte **Herr Philipps** mit, dass die Region Mehreinnahmen von 25 Mio. € einplane. Nach einer von der Region vorgelegten Berechnung würde das für Burgdorf eine weitere Erhöhung von 463.000 € bedeuten. Gegenüber dem Regionsumlagenansatz lt. Änderungsliste vom 21.11.08 ergebe sich eine zusätzliche Belastung von rd. 407.000 €. Es sei noch nicht abschließend geklärt, ob für 2009 ein Einmalbetrag erhoben oder die Regionsumlage ab 2009 – entsprechend auch für die Folgejahre - erhöht werde. Die Erhebung eines Einmalbetrages sei nur durch Ratsbeschlüsse aller 21 regionsangehörigen Kommunen möglich. Abschließend gab Herr Philipps zu bedenken, dass dies lediglich die in der Diskussion stehenden ‚Vorstellungen‘ des Regionspräsidenten seien. Eine endgültige Entscheidung, ob und ggf. in welcher Form/Höhe eine Umlageerhöhung zum Tragen kommen werde, werde die Regionsversammlung (im März nächsten Jahres) zu treffen haben.

Herr Rohde fragte nach, ob der Protest der Hauptverwaltungsbeamten zur Erhöhung der Regionsumlage überhaupt etwas bewirkt habe.

Hierzu erklärte **Herr Baxmann**, dass dieses tatsächlich der Fall sei. Ursprünglich war eine Erhöhung der Regionsumlage um 38 Mio. € im Gespräch. In die Beratungen sei nun auch im Bereich der Neuregelung der Jugendämter eine Dynamik reingekommen. Städte mit eigenen Jugendämtern zahlen bisher die gleiche Regionsumlage wie Kommunen ohne eigenes Jugendamt.

Vermögenshaushalt:

Zur Haushaltsstelle **36600.988100** (Zuschüsse an übrige Bereiche) wies **Herr Pilgrim** darauf hin, dass die Verwaltung künftig bei den Vereinen darauf hinwirken sollte, dass von diesen rechtzeitig auch entsprechende öffentliche Fördermittel von anderen Stellen eingeworben werden sollten. In diesen Fällen sei die Politik auch gern bereit, ebenfalls entsprechende Zuschüsse zu zahlen.

Zu der Erhöhung des Ansatzes bei der Haushaltsstelle **46400.988000** (Zuschüsse an freie KiTa) um 6.500,00 € wurde angefragt, welche Maßnahmen auf dem Außengelände des DRK-Kindergartens durchgeführt werden sollen. (Beantwortung über Protokoll):

„Das Außengelände des DRK-Kindergartens Villa Mercedes besteht überwiegend aus einer Sandfläche, auf der es nicht möglich ist, eine Raseneinsaat vorzunehmen. Es sollen dort u.a. Wege gepflastert und eine Sitzecke angelegt werden. Die übrigen Sandflächen sollen dann mit Rindenmulch abgedeckt werden. Für die Maßnahme werden etwa 9.000,00 € benötigt. Aus Vorjahren steht noch ein Haushaltsrest von 2.500,00 € zur Verfügung, so dass über den Haushalt noch zusätzlich 6.500,00 € finanziert werden müssten.“

Zum Verschieben des Ansatzes bei der Haushaltsstelle **63000.952600** (Fahrahsanierung Gartenstraße) in das Jahr 2013 im Investitionsprogramm merkte **Herr Rohde** an, dass hier schnell der Eindruck entstehen könne, dass die Maßnahme wohl nicht notwendig sei.

Herr Lüdecke erklärte, dass es gefährlich sei, auch Kanalsanierungen so lange vor sich herzuschieben. Das berge immer ein gewisses Risiko.

Hierzu erklärte **Herr Pilgrim**, dass es aufgrund der Haushaltssituation notwendig sei, verschiedene Maßnahmen im Investitionsprogramm zu schieben. 2010 müsse man sich dann Gedanken machen, welche Maßnahmen durchgeführt werden können bzw. weiter-/geschoben werden müssten.

16. **Finanzplanung 2008 - 2012 mit Investitionsprogramm** **Vorlage: 2008 0422**

Die dem Protokoll als Anlage beigefügten Erläuterungen zur Finanzplanung und die Übersicht zum Investitionsprogramm wurden an die Ausschussmitglieder verteilt. **Herr Philipps** erläuterte hierzu, dass bereits im Haushaltsjahr 2010 das strukturelle Ergebnis wieder ausgeglichen sei. Der im Entwurf 2009 ausgewiesene Fehlbetrag im Verwaltungshaushalt werde voraussichtlich bis 2012 abgebaut sein. Er wies jedoch darauf hin, dass sich im Wesentlichen durch den Wegfall der Investitionsquote bei den Schlüsselzuweisungen die Nettoneuverschuldung in den Jahren 2008 bis 2012 gegenüber dem Entwurf um rd. weitere 2 Mio. € auf jetzt 15,6 Mio. € erhöhen werde.

Zum Haushaltssicherungskonzept führte **Herr Philipps** aus, dass hierin festzulegen sei, innerhalb welchen Zeitraums der Haushaltsausgleich erreicht, wie der ausgewiesene Fehlbetrag abgebaut und wie das Entstehen eines neuen Fehlbetrags in künftigen Jahren vermieden werden soll. Die Ziele, die das Haushaltssicherungskonzept vorgibt, können bereits in der Finanzplanung dargestellt werden. Daher brauche, so von Herrn Ruhe (Leiter Team Kommunalaufsicht der Region) auf Nachfrage bestätigt, in dem zu beschließenden Haushaltssicherungskonzept lediglich darauf hingewiesen zu werden, dass und aufgrund welcher wesentlichen Entwicklungen die vom Gesetzgeber vorgegebenen Ziele nachweislich der Finanzplanung erreicht werden.

17. Anregungen an die Verwaltung

- K e i n e -

Einwohnerfragestunde

Es waren keine Einwohner anwesend.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer